

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Kongressausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Coolidge's Wahlniederlage.

Demokratische Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten.

New York, 3. November. (Ill.) Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind die republikanischen Stimmen überaus zurückgegangen. Bei den Senatswahlen verloren die Republikaner ihre Hochburg Massachusetts, wo Coolidge's Wahlmanager Butler den Senatsitz an den Demokraten Walsh abtreten mußte.

Bei der Prohibitionsabstimmung in New York siegten die Prohibitionsgegner im Verhältnis 3:1. Wahrscheinlich haben auch in den übrigen sieben Staaten, wo über die Prohibition abgestimmt wurde, die Prohibitionsgegner gewonnen.

Demokratische Senatsmehrheit!

New York, 3. November. (W.B.) Obgleich die endgültigen Wahlergebnisse noch ausstehen, wird vielfach stark mit der Möglichkeit einer demokratischen Senatsmehrheit gerechnet. Die Demokraten haben nach der bisherigen Zählung vier Senatsitze gewonnen: sie benötigen zur Erlangung der Mehrheit fünf weitere Sitze.

Alle vier Jahre finden in den Vereinigten Staaten Präsidenten- und Parlamentswahlen zugleich statt. Dann pflegt die Partei, die den Präsidenten stellt, auch die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses zu erhalten und die Zusammenarbeit des Präsidenten mit dem Parlament ist gewährleistet.

Ersthafte politische Schwierigkeiten pflegen aber dann zu entstehen, wenn während der Amtsperiode des Präsidenten die Neuwahlen, die zwei Jahre nach seinem Amtsantritt stattfinden, der Gegenpartei die Mehrheit bringen. Solche Wahlen fanden jetzt statt; das entscheidende Drittel des Senates und das ganze Repräsentantenhaus waren zu wählen. Das Ergebnis, so weit es bis jetzt vorliegt, weist darauf hin, daß zum mindesten die republikanische Mehrheit nur noch verschwindend gering sein wird, daß diese Mehrheit jedenfalls von der Disziplin der progressiven Republikaner abhängt, wenn nicht überhaupt die Mehrheit im Senat wenigstens an die Demokraten übergegangen ist.

Auch von guten Kennern der amerikanischen Wahlschologie war vorausgesehen worden, daß das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes unter der Verwaltung von Coolidge die Republikanische Partei stützen werde. Das Wahlergebnis zeigt, daß die amerikanischen Wählermassen dem Gefühl Ausdruck geben, daß nach bald sechs Jahren republikanischer Herrschaft die Demokratische Partei wieder das Steuer des Staates übernehmen sollte.

Die Hezke von Scheidemann.

Deutschnationale Methoden.

Von Otto Landsberg.

Vor kurzem ist das Gutachten des Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Bredt über das Thema „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ erschienen, das der Verfasser dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erstattet hat. Bredt, der ein streng konservativer Mann ist, hat sich zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß Deutschland den Krieg mit dem rettenden Verständigungsfrieden hätte beenden können, wenn der Obrigkeitstaat rechtzeitig vor dem parlamentarischen System gewichen wäre.

Gleichzeitig wurde von deutschnationaler Seite eine Hezke gegen Scheidemann in Szene gesetzt, von der man nur deshalb nicht sagen kann, daß sie ohnegleichen ist, weil unser Parteigenosse seit Jahren das Ziel der deutschnationalen Giftgeschosse ist. Führer in diesem Kampfe ist ein gewisser Steuer in Kassel, den der Preussische Landtag zu seinen Mitgliedern zu zählen die zweifelhafte Auszeichnung genießt.

Steuer hat seinen Verleumdungsfeldzug gegen Scheidemann schon vor der Reichstagswahl vom Dezember 1924 aufnehmen wollen. Er hat sich damals von seinem Vorhaben durch die Ankündigung eines Kasseler deutschnationalen Führers in ehrenamtlicher Stellung abbringen lassen, daß die seinen Anstandsbegriffen widersprechende Kampagne ihn zum Rücktritt veranlassen würde.

Im Magdeburger Prozeß hat ein Zeuge bekundet, er habe im Jahre 1917 einer Versammlung in Danzig-Ohra beigewohnt, in der Scheidemann als Redner den Brester Frieden verurteilt und die Anwesenden aufgefordert habe, zum Zweck der Beendigung des Krieges in einen Streik einzutreten. Scheidemann, der vor der Vernehmung des Zeugen entlassen worden war und ihr daher nicht beiwohnte, hatte vorher unter seinem Eide die ihm vorgehaltenen, in das Wissen jenes Zeugen gestellten Behauptungen in Abrede gestellt.

In der sogenannten Schloßmöbelangelegenheit wirkt Steuer Scheidemann unlautere Nachenschaften vor. Das haben auch schon andere Verleumder getan. Gegen einen von ihnen hat Scheidemann vor Jahren Verleumdungsklage bei dem Kasseler Gericht angestellt. Das Urteil der Strafkammer unter Leitung eines Richters, der der Vorsitzende des Kasseler deutschnationalen Vereins war und noch ist, lautete auf 1000 M. Geldstrafe bzw. 100 Tage Gefängnis.

Ein kommunistisches Angebot.

Und eine deutliche Antwort.

Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Frechheit und Unverfrorenheit oder über die Dummheit, mit der die Kommunisten durch ihre „Rote Fahne“ die Agitation gegen unsere Rathausfraktion betreiben lassen. Das edle Lügenblatt hat es nicht gewagt, auch nur andeutungsweise die Wahrheit über die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung seinen eigenen Lesern mitzuteilen. Ein täglich stammelnder Artikel des bedauernswerten Gabel, der dazu verurteilt wurde, die seiner eigenen besseren Einsicht und seiner nicht gerade überwältigenden „Tapferkeit“ durchaus widersprechende Taktik zu verteidigen zeugte von der inneren Unsicherheit der Radaubröder.

Dieselben Brüder, die auf Befehl ihrer Parteizentrale den sinnlosen Radau inszenierten und dadurch den Stadtverordnetenwärtler zwangen, den Sitzungssaal und die Tribüne räumen zu lassen, haben sich nicht geniert, zu behaupten, unser Genosse Hah habe diese Räumungsaktion auf Anweisung des sozialdemokratischen Parteivorstandes durchgeführt. Jetzt hat die „Rote Fahne“ sogar noch die Stirn, der Sozialdemokratischen Partei die Unterstützung bei der Räumungswahl anzubieten. Die „Rote Fahne“ scheint anzunehmen, daß die sprichwörtliche Treulosigkeit der Kommunisten bei den Sozialdemokraten genau so entwickelt ist.

Die Kommunisten haben durch die „Rote Fahne“ an unsere Funktionäre appelliert. Dabei sind sie an die richtige Adresse gekommen. Die sozialdemokratischen kommunalen Funktionäre haben gestern einstimmig das Verhalten unserer Rathausfraktion gebilligt. Diese Billigung ist erfolgt, trotzdem oder gerade weil ein Schreiben der Kommunisten an unsere Funktionäre jedem einzelnen augenfällig gemacht worden war. Selbst der „Roten Fahne“ sollte doch diese Einstimmigkeit aller Sozialdemokraten gegenüber dem kommunistischen Treiben zu denken geben.

willig gefolgt ist. Dämmer und kurzschichtiger ist noch niemals eine Fraktion geführt worden wie die kommunistische Rathausfraktion in diesen Wochen. Sie hat es fertig gebracht, die anfängliche Bereitwilligkeit unserer Rathausfraktion zu gemeinsamer Arbeit in eine einmütige und geschlossene Abwehr der widerlichen kommunistischen Methoden zu verwandeln. Das ist auch ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

Dr. Jechlin Reichspressechef.

Der Nachfolger von Dr. Riep.

Die Reichsregierung hat den bisherigen Dirigenten der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Jechlin an Stelle des nach London verfertigen Dr. Riep zum Reichspressechef ernannt.

Um die Erwerbslosenfürsorge.

Vertagung der Ausschußberatungen.

Der Soziale Ausschuß des Reichstags sollte heute seine Beratung über die Erwerbslosenfürsorge fort. Der Vorsitzende Abg. Esser (3.) gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung unseres verstorbenen Genossen Dismann. Es entspann sich eine Kontroverse zwischen den Regierungsparteien über die angeblich vorzeitige Veröffentlichung der Pläne der Reichsregierung; es wurde beschlossen, die Beratung auf morgen zu vertagen und heute eine Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zu den neuen Regierungsvorschlägen zu ermitteln.

Paris wird in Rom protestieren.

Falls Frankreichs Ehre wirklich verletzt wurde.

Paris, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Ohne dem durch eine systematische Kampagne gegen Frankreich vorbereiteten Zwischenfall von Ventimiglia eine ernstere Bedeutung beizumessen, als sie als Ausfluß eines übertriebenen Nationalismus verdient, scheint man an hiesiger zuständiger Stelle doch nicht gewillt, auf die Dauer diese italienischen Herausforderungen hinzunehmen. Am Quai d'Orsay wurde gestern abend dem Journalisten erklärt, daß das französische Außenministerium von dem französischen Konsul in Ventimiglia einen Bericht über den Zwischenfall angefordert habe; sobald der Bericht in Händen Briands sein werde, werden scharfe Instruktionen an den französischen Botschafter in Rom abgehen, damit er bei Mussolini eine Demarche unternehme.

Die italienische Regierung hat mit der Gesamtoppositionsprese auch alle deutschen Blätter in Südtirol verboten mit alleiniger Ausnahme des in deutscher Sprache herausgegebenen Faschistenblattes.

Friede durch Heirat. Die belgische und schwedische Monarchie haben einen Hochzeitsvertrag geschlossen. Kronprinz Leopold von Belgien hat Prinzessin Astrid von Schweden geheiratet. Die aus einer Neigung der Herzen zu einander entsprungene Verbindung wird die beiden Länder noch näher aneinander als bisher bringen, erklärte König Albert von Belgien bei den Vermählungsfeierlichkeiten.

Die in Betracht kommenden Möbel und Gebrauchsgegenstände waren von amtlichen Vertretern des sogenannten Hofmarschallamtes ausgesucht resp. angeboten worden. Scheidemann hat nicht ein Stück davon gesehen, bevor die Sachen in seine Wohnung gebracht waren. Die Preise, die im Hinblick auf den Zustand eines Teiles der Kaufobjekte durchaus nicht niedrig waren, wurden von einem vereidigten Sachverständigen, der von der Regierung in Kassel berufen wurde, festgesetzt. Alle diese Tatsachen sind Steuer bekannt. Die Konsequenzen, die sich aus dem gleichwohl von ihm erhobenen Vorwurf der Schiebung für seine Moral ergeben, liegen auf der Hand.

Nach den Stadtverordnetenwahlen im Mai 1924 zog in den Kasserer Rathhausaal eine aus Deutschnationalen, Volksparteilern, Röstlichen und Zentrum sich zusammenziehende Rechtsehrlichkeit ein. Ueber die Art, wie sie den Kampf gegen den Oberbürgermeister führte, braucht nichts weiter gesagt zu werden, als daß Steuer ihr Häuptling war. Es kann angenommen werden, daß angesichts des fanatischen Hasses der Gegner Scheidemanns, der sich in Kassel auch nach dem Blausäureattentat in fortgesetzten Beschimpfungen und Belästigungen aller Art Luft machte, ein gedeihliches Wirken Scheidemanns kaum noch möglich sein würde. Das Abbaufahrten gegen ihn war in Gang gebracht worden. Die Verwirklichung des Abbaubeschlusses erschien selbst seinen Gegnern bald als unmöglich. Scheidemann, durch die jahrelange Heße in seiner Gesundheit schwer geschädigt, war, wie seine näheren Freunde wußten, längst bereit, freiwillig vor Ablauf seiner Amtsperiode auszuscheiden. Gerade unter Hinweis auf seine Gesundheit und die Verpflichtung gegenüber seiner Familie wurde auf Scheidemann, nicht zuletzt von näheren Freunden, dahin eingewirkt, seinen Posten aufzugeben. Wäre der von seinen Gegnern beschlossene Abbau möglich gewesen, so hätte Scheidemann sich finanziell unter allen Umständen besser gestanden, als wenn er freiwillig in den Ruhestand gegangen wäre. Auf diese Umstände ist gerade von „Abbauern“, die unter Inanspruchnahme von Mittelspersonen Verhandlungen eingeleitet hatten, hingewiesen und ausdrücklich erklärt worden, daß Scheidemann, falls er sich entschließt, sein Amt freiwillig aufzugeben, finanziell nicht schlechter gestellt sein dürfte als im Falle des Abbaues. In unverbindlichen Besprechungen von Kommunalpolitikern über Scheidemanns etwaigen Rücktritt, an denen er selbst nicht teilgenommen hat, ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß in dieser Frage nur eine Meinung bestehe. Obwohl Scheidemann also finanzielle Vorteile hätte leicht erreichen können, sind die von gegnerischer Seite eingeleiteten Verhandlungen an Scheidemanns Weigerung, auf eine Einigung sich einzulassen, gescheitert. Das war im Herbst 1924. Im Sommer 1925 hatte dann Scheidemann, gezwungen durch die allen seinen Bekannten deutlich erkennbare Verschlechterung seines Gesundheitszustandes, die spezial- und arztärztlich festgestellt wurde, um seine gesetzliche Pensionierung nachgesucht und empfängt statt der ihm angebotenen wesentlich höheren Sätze nur das gesetzliche Ruhegehalt. Hätte er seinen Posten nicht aufgegeben — und nur die Rücksicht auf seine Gesundheit und seine Familie hat ihn dazu bestimmt, zu gehen — so hätte er noch sieben Jahre bleiben können und würde danach für den Rest seines Lebens 80 Proz. seines Gehaltes bezogen haben.

Mag Steuer seinen Verteufelungsfeldzug fortsetzen. Ich habe meinem Freunde Scheidemann von der Anstrengung einer Klage abgeraten. Würde sich Steuer durch einen Mandatsverzicht um die Erhöhung des moralischen Niveau des Preussischen Landtages verdient machen, so habe er selbst vor den Richter gezogen werden könnte, so könnte der Gedanke an einen Strafprozeß, der die Gelegenheit gäbe, ihn ins Gesicht zu sagen, was er ist, noch einen gewissen Reiz haben. Es lohnt sich aber nicht, gegen die Rothards, die als verantwortliche Redakteure für Steuers Nachmerke einzustehen haben würden, mit schwerem Geschütz

vorzugehen. Ein Mann wie Scheidemann hat es nicht nötig, sich gegen Vorwürfe zu verteidigen, die in den Augen jedes ehrlichen Menschen sinnlos sind. An dem Urteil der Leute von Schlage Steuers aber braucht ihm nichts zu liegen.

## Späte Erkenntnis.

### Der Krieg war nicht mehr zu gewinnen.

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, hat der General der Kavallerie a. D. Friedrich von Bernhardt, jener Vorkämpfer im Offiziersrock, der vor 1914 namentlich im Auslande als einer der hauptsächlichsten Exponenten der deutschen Kriegs- und Militärpartei galt, die Memoirliteratur um einen dilettanten Band „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben“ bereichert. Bernhardt kann heute schlechtweg als Mann von gestern angesehen werden, und kaum läge Veranlassung vor, auf das Buch im Näheren einzugehen, wenn nicht dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ in seiner ausführlichen Besprechung ein merkwürdiges Geständnis entschließt wäre. Ueber Bernhards Ansichten im Verlauf des Weltkrieges lesen wir:

„Erst verhältnismäßig spät rang sich General von Bernhardt zu dem Erkenntnis durch, daß wir den Krieg auch militärisch nicht mehr gewinnen könnten.“

Auch militärisch konnten wir den Krieg nicht mehr gewinnen? Ja, wie verträgt sich denn das mit den Anschauungen, die der „Lokal-Anzeiger“ gemeinsam zu vertreten pflegt? War nicht der Endsieg „zum Greifen nahe“, ist er der siegreich durchhaltenen Front nicht durch den Dolchstoß von hinten entrissen worden?

Aber nicht doch! Beim Dolchstoß handelt es sich ja nur um die großschlächtige Feld-, Wald- und Wiesenpropaganda für den Durchschnittsleser der Scherz-Pressen und den Versammlungsgebrauch der Provinz. Bei einer ernstlichen Besprechung aber läßt man das Märchen fallen und gibt zu, daß wir den Krieg auch militärisch nicht mehr gewinnen konnten!

## Die Verteidigung in Landsberg.

### Politische Plaidoyers.

B. S. Landsberg, 3. November.

Der heutige letzte Verhandlungstag im Prozeß Schiburg und Genossen brachte die Fortsetzung der Plaidoyers der Verteidigung. Als erster ergriff Justizrat Will Hahn, der Verteidiger Klapproths, das Wort. Nur in Deutschland sei es möglich, daß Bestrebungen bestünden, die noch übriggebliebene kleine Wehrmacht zu zerstören, während ringsum alles in Waffen erstarre. Nur in Deutschland sei es möglich, solche Prozesse aus einem politischen Grunde zu führen. Der Verteidiger erinnerte daran, wie zum ersten Male die Begriffe Mörderzentrale und Mörderorganisation ausgetauscht seien, er verwies auf die Prozesse gegen die Rathenaumörder und gegen die O. C., erinnerte an den Parahmer Mord. Scheußlich seien alle diese Taten gewesen, aber sie seien nicht auf eine geheime Mörderorganisation zurückzuführen, deren Existenz überhaupt nur durch die Heße in den Blättern zustande gekommen sei. Vornehmste Aufgabe des Gerichts müsse es sein, sich auch von diesen äußeren Einflüssen freizumachen. Die Männer der Arbeitskommandos seien an die Ruhe gegangen, Hahn war der Freund Schlageters, die O. C. habe in Burma mit den Separatisten aufgeräumt und das Rathaus verbrannt, den Duisburger Hafen habe man unbrauchbar gemacht. Diese Taten seien von der Reichsregierung unterstützt worden. Sie betrachteten sich als mobile Truppen und sie waren tatsächlich Soldaten, wie das außerordentliche Gericht in Kottbus ausdrücklich festgestellt habe.

So, wie jenes Gericht die Feldweibel und Mannschaften freigesprochen habe, die beim Rüstener Busch die Gewehre auf Oberst Gudonius angeschlagen hätten, weil sie auf Befehl handelten,

so müsse auch hier die Frage geprüft werden, ob die Angeklagten sich auf Befehle berufen konnten.

Justizrat Hahn ging dann auf den Angeklagten Erich Klapproth näher ein. Man habe Klapproth und Büchling als „Vertraute“, als „B.“ von Schulz bezeichnet. Büchling ein undisziplinierter Mensch, der aber auch mit der Seele bei der Sache

war, sei Klapproths Freund gewesen. Den Befehl, den man einem gab, habe auch der andere mitausgeführt. Die Frage, ob Klapproth als Mörder zu betrachten sei, müsse zu der Untersuchung führen, ob er im Augenblick der Tat mit Ueberlegung gehandelt habe, ob er auch als Gehilfe gewirkt habe, daß der Täter mit Ueberlegung handele. Dabei sei die allgemeine Erregung in Rüstern zu berücksichtigen. Habe die Berräterpsychose nicht auf die Entschuldigungen aller Beteiligten an dieser Tat eingewirkt? Nach Ansicht der Verteidigung habe sich Klapproth nur der Beihilfe zum Totschlag schuldig gemacht.

Der Indizienbeweis des Oberstaatsanwalts, so schloß Justizrat Hahn, reiche nicht aus, um ein Todesurteil gegen Erich Klapproth zu stellen. Auf keinen Fall dürften den Angeklagten die bürgerlichen Ehrentitel aberkannt werden, denn was sie auch getan hätten, und wenn es das Schlimmste war, sie hätten es für das Vaterland getan. (Bravorufe im Zuschauerraum.)

## Der rasende Faschismus.

### Zerstörung des sozialistischen „Lavoro“ in Genua.

Mailand, 3. November. (CP.) Im Zentrum Genuas kam es Montag abend zu blutigen Zwischenfällen, über die der „Corriere della Sera“ folgende Einzelheiten meldet: Die Demonstrationen waren unter Umgehung der starken Militärwache in die Druckerei und die Redaktion des sozialistischen Blattes „Lavoro“ eingedrungen und hatten alles verwüstet. Zwölf Sechsmaschinen wurden zerstört und die wichtigsten Teile der Rotationsmaschinen mitgenommen. Die Wohnung eines Hausinsassen wurde verwüstet und die Möbel und das Papierlager mit Benzin übergossen und angezündet. Die Feuerwehr fand beim Erscheinen eine große Feuersbrunst vor, konnte aber erst nach Erscheinen von Militär an die Bösarbeiten gehen, die die Demonstranten bis dahin verhindert. Die Demonstranten begaben sich darauf nach der Wohnung des früheren sozialistischen Abgeordneten Rossi. Carabinieri, Militär und Jostruppen schritten energisch ein und begannen nach Warnungen zu schießen. Eine halbe Stunde wurde auf beiden Seiten geschossen und das Feuer erst eingestellt, als der Faschistenführer von Genua erschien. Die Truppen lösten die Ansammlungen auf und drängten sie aus dem Stadtzentrum ab. Ein Faschist und ein Carabinieri wurden getötet, etwa 20 verwundet. — Erst jetzt werden diese Vorfälle bekannt, die sich am Montag abend während der Protestkundgebung gegen das Attentat im Zentrum von Genua ereigneten.

„Lavoro“ ist die einzige Tageszeitung, die auf dem Boden der Sozialistischen Einheitspartei steht. Sie wird vom sozialistischen Genossen Canepa geleitet. Sie hat eine Auflage von 120 000 — mehr als alle anderen Genueser Blätter zusammengenommen. Ihre Auflage hat sich in den letzten Jahren immer mehr vergrößert im Gegensatz zu der faschistischen bürgerlichen Presse.

## Wahlerfolg auch in Schottland.

### Im ganzen 192 Sitze von der Labourpartei erobert.

London, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Auch die schottischen Gemeinderatswahlen, die am Dienstag stattfanden, waren für die Arbeiterpartei siegreich. Sie gewann allein in Schottland 28 Sitze, davon 9 in Glasgow und 8 in Edinburgh. Nach den letzten Zählungen aus England und Wales werden vier weitere gewonnene Sitze gemeldet, so daß die Arbeiterpartei im ganzen Lande einschließlich Schottlands 192 neue Gemeinderatsitze gewonnen hat.

## Beileid zu Robert Dismanns Tod.

### Vom deutschösterreichischen Parteitag.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhielt vom deutschösterreichischen Parteitag folgendes Beileidstelegramm:

Wir beklagen mit Euch den schweren Verlust, den Ihr durch das plötzliche Hinscheiden Dismanns erlitten habt und sprechen unser herzlichstes Beileid aus. Parteitag. Selig. Ruchitsch.

## Esperanto als zweite Sprache.

Von H. Spröck.

Die vielen Sprachen, die von den Völkern der Welt gesprochen werden, sind natürlich ein Hindernis für die Verständigung untereinander. Was nützt es, wenn ich sage: „Alle Menschen sind Brüder“; und wenn dann ein Menschenbruder aus Frankreich oder Rußland uns gegenübersteht, dann müssen wir feststellen, daß wir nicht in der Lage sind, uns mit unserem Bruder zu unterhalten. Er versteht uns nicht, und wir verstehen ihn nicht.

Wir können dieses Hindernis überwinden, indem wir sagen: Wir wollen die Sprache unserer Brüder lernen. Aber, aber — unsere Brüder sprechen so viele verschiedene Sprachen. Und wir können doch nicht alle Sprachen lernen, wir müssen uns also auf eine gemeinsame Sprache einigen. Diese gemeinsame Sprache muß so sein, daß kein einzelnes Volk bevorzugt wird, sie muß leicht zu erlernen sein, so leicht, daß besonders jeder Arbeiter instande ist, sie zu erlernen. Da irgendeine nationale Sprache diese Vorzüge nicht hat, müssen wir eine neutrale Sprache wählen. Und es ist nicht notwendig, hier lange zu zögern, allein Esperanto von allen Sprachprojekten hat seine Lebensfähigkeit bewiesen.

Esperanto ist gebildet aus den wichtigsten Kultursprachen; man hat gewissermaßen das Brauchbarste aus allen europäischen Sprachen gezogen, ein „Hocheuropäisch“ geschaffen. Heute, wo die Grenzen, die die Völker trennen, immer mehr zusammenrücken, wo man mittels Radio durch die Drehung eines Knopfes in Verbindung mit England tritt, durch eine andere Drehung mit Frankreich, wo einem alle Sprachen der Welt ins Ohr tönen, da wird die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache so recht offenbar. Es ist nicht möglich, diese neueste Erfindung der Technik voll auszunutzen, wenn nicht eine gemeinsame Sprache als Radiosprache gewählt wird. Viele Radiogesellschaften haben sich schon für Esperanto ausgesprochen. Wenn wir die Programme z. B. der deutschen Sender durchsehen, so finden wir, daß sie alle regelmäßig Esperanto-Kurse oder Esperanto-Vorträge senden. Der Völkerbund hat sich bereits mehrfach für Esperanto ausgesprochen. Die Internationale der Transportarbeiter in Amsterdam empfiehlt seinen angeschlossenen Organisationen die Korrespondenz in Esperanto.

Der zweite internationale Jugendkongreß, der im Juni d. J. in Amsterdam stattfand, beschloß sich auch mit einem Antrag, Esperanto für die internationalen Beziehungen einzuführen. Dieser Antrag fand insoweit Annahme, daß den angeschlossenen Organisationen der Gebrauch des Esperanto freigestellt wurde.

Das Internationale Arbeitsamt hat sich neuerdings auch mit der Frage der internationalen Sprache befaßt und die Einführung des Esperanto gewünscht.

Selbstverständlich ist uns nicht geholfen mit bloßen Empfehlungen. Notwendig ist, daß der Gedanke in die Tat umgesetzt

wird, daß wirklich das Proletariat sich der kleinen Mühe unterzieht und sich dem Studium des Esperanto widmet.

Wir müssen danach streben, daß Esperanto gelehrt wird. Aber wir können nicht warten auf die Einführung des Esperanto von oben herab, wir müssen selbst alles tun, um schon jetzt die Vorzüge einer gemeinsamen Sprache auszunutzen.

Der Arbeiter-Esperanto-Bund für das deutsche Sprachgebiet hat in vielen Städten Ortsgruppen, die Esperanto-Unterricht erteilen. Und die internationale Organisation „Sennacieca Asocio Tatmonda“ ist ins Leben gerufen für die praktische Anwendung des Esperanto.

**Wederlad mit Jazzband.** Wie Karl Heinz Martin das moderne Mythen „Franziska“ inszeniert, so hat sich der Dichter Franz Wederlad sein von Groß besetztes „Jazz“-Drama sicher nicht vorgestellt. Demit aber nicht gesagt ist, daß er gegen Vergewaltigung seines heiligen Willens getobt hätte. Einen Bühnenstil, der den verschlungenen Wegen im Irrgarten keiner elementarischen Kunst zu folgen vermag, hat er nie erlebt und selbst nur erahnt. Was den Wienern im „Deutschen Volkstheater“, was uns im vorigen Jahre im „Theater in der Königgräber Straße“ und was uns gestern im „Theater am Rollendorfsplatz“ der Regisseur Karl Heinz Martin als „Franziska“ vorgelegt hat, atmet die Atmosphäre des Rummelplatzes, des Barm und die Spannung der Zirkusarena. Und der Rhythmus des Wederladschen Lebensgefühls kommt vielleicht in nichts treffender zum Ausdruck als in den rasenden Klängen der Jazzmusik. Es ist daher erlaublich, daß der Beifall der Zuschauer in der gestrigen Aufführung laut ertönte und jedenfalls dem unerhörten Aufwand der Regie nicht entsprach. Wir sehen die Szenarie aus dem Vorjahre, den wackligen Gerüstbau mit einer Ober- und einer Unterbahn, einer lustigen Wendeltreppe links und einer breiten schludrigen Freitreppe rechts, wir sehen freilebige ausgezogene Neugebilde und gelpelstige markierte Darsteller und bedenkenlos hingeworfene tote Puppen. Wir hören vertraute Volksweisen, mit hinreichender Freiheit (von W. N. Hermann) in Jazzmusik umkomponiert, wir hören von einem Taumel des Schauens gepackt. Wederlads schrille Ueberzüge von erster Tragik zum parodierenden Hektik werden durch Marins Rhythmus überbrückt. Daß die schreienden Gegensätze uns nicht mehr zum Bewußtsein kommen. Also eine dem Wederladschen Geist tangente Revue. Und doch wenig Zustimmung. Vielleicht sind wir von Laskoff und den anderen Regiekunststücken bereits überfüllt.

Die Darstellerhaftigkeit zentrierte sich teilweise aus denen, die schon aus dem vorigen Jahre bekannt sind. Tilla Durieux' „Franziska“ ist schon damals als eine virtuose Leistung gerühmt worden. Bei Rung fand einen in seiner Gröbste unergieblichen Darsteller in Helig Salsner, der auch in hochtragischen Szenen dem Parfett ein Rätsel auf die Lippen zaubert. Der Journalist Walter von Barn dal entzückte wieder durch eine unwahrscheinliche Beweglichkeit. Dag.

Die internationale Krebskonferenz. In Late Rom, im Staat New York, hat kürzlich eine aus der ganzen Welt beschickte Krebskonferenz stattgefunden. Deutschland war durch den Direktor des Berliner Krebsforschungsinstitutes, Ferdinand Bumenthal, und durch

Dr. Robert Bierich, den Direktor des Hamburger Forschungsinstitutes für Krebs und Tuberkulose, dort vertreten. Der Bericht der amerikanischen Gesellschaft für Krebskontrolle besagt, daß sehr verschiedene wissenschaftliche Ansichten über den Krebs auf der Tagung geäußert worden sind. Die Versammlung war aber durchaus einer Meinung, wo es sich um die großen Richtlinien für die Bekämpfung der Krankheit handelte. Zwei Entschuldigungen wurden gefaßt. Es soll eine internationale Vereinigung gegründet werden, die ähnliche Konferenzen veranstaltet und in mindestens drei Sprachen ein Verzeichnis aller auf Erde erscheinenden Veröffentlichungen über Krebs nebst Referaten herausgibt. Eine zweite Entschlußung legt in fünfzehn Punkten die Ansichten der Versammlung fest, soweit das bei der jetzigen Sachlage möglich ist. Der Krebs wird darin nicht für infektiös und nicht für vererbbar erklärt. Für wesentlich bezeichnet die Konferenz die Ausfüllung des Publikums und die sorgfältige Ausbildung der Ärzte und Zahnärzte im Hinblick auf die bösartigen Erkrankungen.

„Der heilige See.“ Immer wieder erfreut man sich an dem ausgeprägten rhytmischen Gefühl und der Langzeit der Regie, immer wieder gerät man in den Bann ihrer starken Vitalität. Der neue Film der Urania, der Variationen über bereits bekannte Themen bietet, führt — als eine Expedition des französischen Forschers Chaumel — von Brazzaville am Kongo im Innern Afrikas an den für heilig gehaltenen Tschadsee. Wir haben das alles bereits gesehen: die Völkertäger, die Regierplade, die Sultanempfangs, die Tänze. Neu waren uns die Schimmelhölder, deren man sich nun Durchqueren von Flüssen bedient. Der Wels, ein guter alter Bekannter aus Deutschland, ist der Hauptfisch dieser Seen. Größte Lippenhölzer, die die Lippen der Frauen verunstalten, sind in diesen Gegenden heimisch. Ein Abstecher macht uns mit den früher in diesen Gegenden heimisch. Der Nationalanz ihrer Frauen zeigt die ganze Anmut der Rasse; die Reiterpiele in Rüstungen erinnern an unsere mittelalterlichen Turniere.

Episoden vom Hochfang und Bilder vom Meere beleben das Beiprogramm.

**Neuaufführung der „Dorothea Angermann“ im Josefstädter Theater.** Gerhart Hauptmann hat sich mit Max Reinhardt verständigt, daß die Uraufführung seines Schauspiel „Dorothea Angermann“ in Wien am Josefstädter Theater stattfinden soll. In Berlin wird „Dorothea Angermann“ in der Regie von Max Reinhardt erst nach „Reinhardt von Onkelnsau“ aufgeführt.

Im Deutschen Künstler-Theater beginnt am Donnerstag, den 4. Nov., Fritz Kallara ihr Gastspiel als „Ardigla“ in der gleichnamigen Operette von Oscar Strauß.

Leisen Bernard hält am Freitag um 4½ Uhr nachmittags in der Komödie einen Vortrag in französischer Sprache: „Le comique au théâtre et dans la folklore“. Dem Vortrag, dem nur geladene Gäste beizuwohnen werden, folgt ein Empfang.

Der Berliner Wilmanns-Chor veranstaltet am Sonntag, den 7. November, nachmittags 5 Uhr, in den Krachtäden am Wärdensbrunnen am Friedhofsbau, ein Konzert betitelt „Kampfsänge“. Musikalische Leitung: Obermeister Siegfried Günther. Mitwirkende: Schubert-Quartett (Streichquartett).

In der Renne „Es lebe die Republik“, die als eine der ersten Dreierwerke nach dem Vorbild im Renaissance-Theater herauskommt, wurde Rudolf Nelson für die Brust gewonnen.

# Die Berliner Stadtratswahlen.

## Stellungnahme der kommunalen Konferenz.

In der vom Bezirksverband Berlin der SPD. und von unserem kommunalen Sekretariat einberufenen Konferenz der zur Partei gehörenden Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- und Bezirksratsmitglieder, sowie des Bezirksvorstandes und der Abteilungsleiter sprach Stadtratsverordneter Genosse Krille über „Unsere kommunale Politik in Berlin“. Er schilderte die letzten Vorgänge im Rathaus und den Streit um die Wahlen zum Magistrat und begründete die Haltung unserer Stadtratsverordnetenfraktion, gegen die das Organ der Kommunisten tobt.

Die Fraktion hatte, so führte er aus, wegen der Wiederbesetzung der freigewordenen vier Stadtratsposten zunächst mit den Kommunisten

durch Vorstandsmitglieder verhandelt. Von vornherein wurde den Kommunisten gesagt, daß die Stelle des „politischen“ Stadtrats, die durch Genossen Schünings Abgang frei geworden war, kein Gegenstand der Verhandlungen sein könne, sondern wieder mit einem Sozialdemokraten besetzt werden müsse. Verhandelt werden konnte nur über den Räumere, den Schulrat und den Bauort. Die Kommunisten erklärten, daß sie auf den Räumereposten keinen Wert legten und es sogar gern sähen, wenn er mit einem Sozialdemokraten besetzt würde. Wir sagten: „Nachtigall, ich hör die lauten!“ (Heiterkeit.) Und wir sagten ihnen auch, warum sie sich gerade für diesen Posten einen Sozialdemokraten wünschten. Sie forderten von den vier freien Posten zwei, den des Schulrats und trotz unseres Anspruchs auch den des „politischen“ Stadtrats, aber wir blieben hier bei unserer Ablehnung. Bald sahen wir, daß in der Partei keine Strömung vorhanden war, den Schulratsposten den Kommunisten zu überlassen. Wir durften nicht einen Posten, dessen sozialdemokratischer Inhaber von den Bürgerlichen mit Hilfe der Kommunisten abgebaut worden war, jetzt den Kommunisten ausliefern. Die Fraktion beschloß in Uebereinstimmung mit dem Bezirksvorstand, auch die Schulratsstelle für uns zu beanspruchen, und wir sagten das den Kommunisten. Sie wollten sich schließlich mit einem Stadtratsposten begnügen, forderten aber, daß dafür in einigen Verwaltungsbezirken, besonders Neudöhlen und Nichtenberg, die offenen Bezirksstadtratsposten mit Kommunisten besetzt würden. Nachdem betonten sie ihren vermeintlichen Anspruch auf die Stelle des „politischen“ Stadtrats. Kam ein Pakt mit ihnen zustande, so wollten sie für jeden von uns vorgeschlagenen Kandidaten stimmen (sogar für Nicht-Parteimitglieder, sagte der Kommunist Schwenz), da ja die SPD. für ihre Vorschläge die Verantwortung selber trage. Das steht in päpstlichem Widerspruch zu dem, was wir in den letzten Tagen im Rathaus mit den Kommunisten erlebt haben, zu ihrer

### Obstruktion gegen die Wahl von Sozialdemokraten.

Die Kommunisten brachten auch noch, weil sie Sicherheit für unsere künftige Politik haben müßten, acht Forderungen, die man aber nicht so kurz vor der Wahl ohne Ueberlegung einfach mit Ja oder Nein beantworten konnte. Einige davon verstanden sich von selbst, einige waren für uns ganz unbestimmbar. Neben diesen Verhandlungen liefen her die schon damals vorgekommenen widerwärtigen

Austritte in der Stadtratsverordnetenversammlung, bei denen unsere Genossen von den Kommunisten aufs schamloseste angepöbeln wurden. Wir erklärten ihnen, daß die Ehre der Partei darüber, das nicht länger zu dulden. (Zustimmung.) Dann ereignete sich die Attacke des Kommunisten Holzfaller auf unseren Genossen Urich, und das war für unsere Fraktion das Signal, sich noch einmal den Kontrahenten anzusehen, mit dem wir einen Pakt schließen wollten.

So kam es zu dem Beschluß der Fraktion, über die Besetzung der Stadtratsposten nunmehr mit den Mittelparteien zu verhandeln. Bis dahin hatten wir mit diesen in keiner Weise verhandelt, wenn auch die „rote Fahne“ das täglich behauptet. Die jetzt mit den Mittelparteien geführten Verhandlungen ergaben das Zugeständnis, zu dem sie sich nur schwer herbeiließen, daß

### drei Sitze mit Sozialdemokraten

und nur einer mit einem Bürgerlichen besetzt werden sollte. Besonders den Schulratsposten wollten die Bürgerlichen uns nicht überlassen, aber auch hier legten wir unsere Forderung durch. Unseren Vorschlägen, Genosse Wagner als Baurat, Genosse Kndahl als Schulrat, Genosse Reuter als Stadtrat, wurde Unterstützung zugesagt. Für den Räumereposten kam Hauptfeuerdirektor Lange in Frage, ein Demokrat. Am letzten Donnerstag forderten die Kommunisten nochmals, wir sollten ihnen den Posten des „politischen“ Stadtrats überlassen, dann würden sie drei Sozialdemokraten wählen. Dieses Verfahren in einem Augenblick, wo die Fraktion nicht mehr Stellung nehmen konnte, entsprach nicht der Ehrlichkeit — und wir gingen auf nichts mehr ein. In der Stadtratsverordnetenversammlung wurden wir noch kurz vor Vollzug der Stadtratswahlen uns wieder eine Stunde lang von den Kommunisten in der Debatte über ihren Antrag zum Hohenzollernvergleich beschimpfen lassen. Das wäre auch geschehen, wenn wir einen Pakt mit ihnen geschlossen hätten. Nach einer Mitteilung der „Roten Fahne“ sollen die Kommunisten an unsere Fraktion jetzt nochmals einen Brief gerichtet haben, den sie bereits veröffentlicht, obwohl er bei uns noch nicht eingegangen ist. Sie verlangen von uns, im jetzigen Stadium auch für den Räumereposten noch einen Sozialdemokraten aufzustellen, womit wir die eingegangenen Abmachungen brächen. Ein solches Verfahren ist unmöglich, weil es unehrlich wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hatte gehofft, daß wir mit den Kommunisten ein stilles Brevet gehen können. Jetzt aber, vor allem nach den Austritten im Rathaus, muß ich sagen: das Wah ist voll! Wir werden, unbefürchtet um das Geschimpfe der Kommunisten, unsere Arbeit tun. Für unsere Politik tragen wir die Verantwortung, aber nicht vor den Kommunisten, sondern vor unseren Parteigenossen (Lebhafte Beifall).

Zur Debatte über das Referat meldete sich, trotz Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Lütke, niemand. Genosse Lütke schloß mit der Feststellung, daß die an der kommunalen Konferenz beteiligten Genossen und Genossinnen hiermit ihr Einverständnis mit der Politik unserer sozialdemokratischen Stadtratsverordnetenfraktion bekundet haben.

### Ich bin Melancholiker von meinem Großvater her.

Ich habe einen Drang nach Einsamkeit und bin als siebenjähriges Kind schon allein spaziergegangen. Vorl.: Der Großvater hatte doch einen bekannten Namen, er hieß doch „Ruhden“, nicht wahr. Angekl.: Jawohl, er war erst Musiker, und zwar Kapellmeister bei dem blinden König von Hannover. Er hat sich aber dann der Naturwissenschaft zugewandt und sich einen guten Namen erworben. Er wurde Direktor am Museum in London. Ferner schilderte der Angeklagte, daß er oft starke Kopfschmerzen gehabt habe, sonst aber nicht erlich belastet sei.

Walter Weber, der am 22. Januar 1904 als Sohn eines Gastwirts in Schölar geboren ist, sagte zu seiner Person aus, daß er Volksschulbildung habe. Seine Mutter mußte die eigene Gastwirtschaft nach dem Tode des Vaters aufgeben und der Angeklagte machte eine schwere Zeit durch. Er mußte im Stroh schlafen und oft hungern. Er ist mehrfach verbestraft, und zwar wegen Diebstahls und Einbruchdiebstahls in die Stationskasse von Schölar. Er betonte dann weiter, daß er als Gelogenheitsarbeiter tätig war, so auch in der Eisenbahnwerkstätte in Rummelsburg, wo er Einbruch in den Eisenbahnbetrieb bekam. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Angeklagten war es, wie der Vorsitzende betonte, daß in dem Betrieb eine Arbeitslokomotive umfuhrte und einen Arbeiter verletzte. Man gehe wohl nicht fehl, daß dieser Unglücksfall bei dem Angeklagten im Gemüt haften geblieben ist und ihn zur Ausführung des schrecklichen Verbrechens bestimmte.

Walter Weber, der um ein Jahr jüngere Bruder, ergänzte diese Aussagen. In seiner nicht unsympathischer gewandter Weise schilderte er ebenfalls die häusliche Not nach Aufgabe der elterlichen Wirtschaft, die ein Onkel übernommen habe.

Schlesinger befandte, daß er im Asyl in Friedrichshagen mit Walter Weber und den Zeugen Windmann zusammengetroffen sei, was überflüssig war. In einem Raum, wo 20 Betten aufgestellt waren, hausten etwa 50 Menschen, die Luft war zum Schneiden und wir beschloßen, wieder zu wandern und unterwegs zu stehen. Vorl.: Wann ist Ihnen denn der Gedanke gekommen, ein Verbrechen zu begehen. Haben Sie eine Schilderung von einem ähnlichen Verbrechen gelesen oder eine amerikanische Wildwestgeschichte im Kino gesehen? Angekl.: Das kommt nicht in Frage. Daß wir ein Verbrechen begehen wollten, um aus unsere Lage herauszukommen, war schon früher, als wir in Andernach zusammen waren, aufgetaucht. Der Plan ging aber nicht von mir, sondern von Walter Weber und Windmann aus. Wir hatten bei Andernach im Rhein gehandelt und als wir im Grafe lagen, sagte Windmann zu Walter Weber, man mühte Autoreifen stehlen oder in die Post in Schölar einbrechen. Da sagte ich energisch: Dann könnt Ihr ja gleich einen Eisenbahnzug in die Luft sprengen. Vorl.: Walter Weber aber hat ausgesagt, daß er Ihre Ausrüstung durchaus ernst genommen habe. Angekl.: Das kann nicht sein. Wir wanderten dann weiter und in Dortmund trennte sich Windmann von uns. Hinter Münster trafen wir dann mit einem anderen Handwerksburschen zusammen, der brachte die Sprache auf ein Verbrechen. Er sah auch wie ein Verbrecher aus. Er sprach davon, daß Geldtransporte durch Flugzeuge vorgenommen würden und erzählte von großen Geldtransporten auf der Eisenbahn, die man berauben könne. Mit Walter Weber wurde es immer schlimmer, seelisch und körperlich. Er nahm keine Nahrung mehr auf und meinte immer vor sich hin. Der Angeklagte schilderte dann die weitere Wandererschaft, die schließlich nach Paderborn führte, wo gerade Jahrmärkte war. Auf dem Wohlfahrtsamt, wo wir eine Eisenkarte haben wollten, wurden wir schroff abgewiesen. Der Stallener Pacelli war da gerade in Paderborn.

Die Stadt gab Tausende von Mark dafür aus und für uns hatte man nichts übrig.

Bei den Wirten kamen wir nicht an, sie hatten sich schon alle mit Rauschern eingedeckt.

### Konsum-Generalversammlung.

#### Eine kommunistische Niederlage.

In der am Montag, den 1. November 1926, im Lehrervereinshaus abgehaltenen Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung erstattete der Geschäftsführer Genosse Mirus einen ausführlichen Bericht über das 27. Geschäftsjahr der Berliner Verbraucherorganisation.

Während ringsum in der Handels- und Geschäftswelt die Wirtschaftskrise unzählige Opfer gefordert habe, die Zahl der Konkurse und Geschäftsauflösungen eine bisher nie gekannte Höhe erreichte, sei, so führte der Redner aus, die Berliner Genossenschaft gesiegt aus der allgemeinen Wirtschaftskrise hervorgegangen. Sie habe im verfloßenen Geschäftsjahr die Neubrücker Großhandels-gesellschaft mit 40 Abgabestellen sich angegliedert, das der Nichtenberger Zentrale benachbarte Subzisionsstelle Gebäude mit Fabrikgebäude neu erworben, in Tempelhof einen Neubau auf eigenem Gelände vollendet, den Autopark wesentlich vermehrt u. a. m. Zurzeit führe sie einen weiteren Neubau im Werte von mehr als 800 000 Mark auf, der die eigenen Betriebsverhältnisse aufnehmen soll. Diese Erweiterungen des genossenschaftlichen Wirkungsbereiches konnten aus eigener Kraft durchgeführt werden, gestützt auf die Mitarbeit und das starke Vertrauen der Mitglieder, das sich u. a. darin bekundet, daß die Sparkasse der Genossenschaft ihren Einlagebestand von 6 Millionen auf über 10 Millionen Mark zu steigern vermochte. In der Bilanzbesprechung wies der Redner darauf hin, daß das gute Geschäftsergebnis auch in der gegen die letzten Jahre erhöhte Rückvergütung auf den Umsatz (3 Proz.) zum Ausdruck komme. Die Bilanz schließt mit einer Ertrübrigung von 170 403 Mark, von der 60 000 Mark zur Unterstützung erwerbsloser Mitglieder Verwendung finden sollen, während der Rest den Reserven zugeführt wird. Nach Erstattung des Aufsichtsratsberichts durch Genossen Michaelis trugen in der Aussprache eine Reihe kommunistischer Redner ihre aus früheren Versammlungen satzungsmäßig bekannten Auffassungen vor, die von den Genossen Schular, Pilz und im Schlußwort von Genossen Mirus eine deutliche Zurückweisung erfuhren. Wegen die Stimme einer Anzahl kommunistischer Vertreter (ein Teil von ihnen enthielt sich der Stimme) wurden sodann die Bilanz und der Verteilungsplan genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die darauf folgenden Wahlen zum Aufsichtsrat enthielten das Sinken des kommunistischen Einflusses in klarer Weise. Nur 107 Stimmen vermochte die KPD. auf ihre Vorkandidaten zu vereinigen, während der Liste Genossenschaftsaufbau 390 Stimmen zufielen, so daß von den zu wählenden sieben Aufsichtsratsmitgliedern in Liste Genossenschaftsaufbau 6 Sitze erhielt, die Kommunisten nur einen einzigen. Damit ist die Zahl der kommunistischen Vertreter im Aufsichtsrat von bisher drei auf zwei zurückgegangen, gegenüber 19 Vertretern der Liste Genossenschaftsaufbau.

Gewählt wurden: Paul Lange, Carmen Holz, Otto Eide, Robert Benzner, Franz Walther, Hermann Grassold von der Liste Genossenschaftsaufbau und Richard König von der kommunistischen Liste. Ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag, den freilebenden englischen Bergarbeitern finanzielle Unterstützung durch die Genossenschaft zuteil werden zu lassen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Genosse Mirus darauf hingewiesen hatte, daß die Annahme eines derartigen Antrages genossenschaftsrechtlich unzulässig sei.

Redner Charloffenburgs Die Kritikgruppe Charloffenburg des Arbeiter-Radio-Klubs veranlaßt heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula Reisingerstraße 10, eine Protokollversammlung gegen die mährische Festsitzung des Rundfunkprogramms. Referent: Waldmüller Hoffmann, Vorsitzender des Klubs. Außerdem noch Vortrag über Fernempfangsversuche.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

25. Okt. Donnerstag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr bei Salentin, Krautstraße 26, wichtige Funktionärsitzung.

# Das Verbrechen von Leiferde.

## Beginn des Prozesses in Hildesheim.

R. Hildesheim, 3. November. (Eigener Drahtbericht.)

Das häßliche alte Städtchen Hildesheim hat seine Sensation. Die Anteilnahme weitester Schichten der Bevölkerung am Prozeß ist mehr als reg. Schon seit Wochen bildet der mögliche Ausgang des Prozesses der Mörder von Leiferde allgemeines Gesprächsthema. Das bemerkenswerteste dabei war, daß man an die Möglichkeit eines Todesurteils nicht glauben wollte und geneigt war, zugunsten der Angeklagten anzunehmen, daß sie sich der Tragweite ihrer Handlungen nicht voll bewußt waren. Ob die psychischen Voraussetzungen der Täter derartige sind, daß sie die Folgen ihrer Handlungen voll abzumäßen nicht imstande waren, darüber wird der vom Lühow-Prozeß her bekannte Psychiater und Hypochologe Dr. Röntgenmüller zu urteilen haben. In der Entscheidung aber, ob der Tatbestand des Mordes gegeben ist oder nicht, werden voraussichtlich die sechs Schöffen in diesem Falle neben den drei Berufsrichtern aktiv mitwirken. Es sind dies der Rektor einer Volkshochschule, zwei Landwirte, ein Klempner, ein Konsumlagerhändler und ein Kaufmann. Von 80 Pressevertretern, die um Zulassung im Gerichtssaal nachgesucht haben, erhielten nur 43 Zutritt zu der Gerichtsverhandlung. Die Berichterstattung und die 83 Zuhörer füllen den kleinen Saal mehr als genug. Auch eine Anzahl höherer Gerichts- und Eisenbahnbeamten sind anwesend und angehört die Mutter des Angeklagten Schlesinger und der Onkel des Angeklagten Weber. Der als Sachverständiger anwesende Eisenbahnoberbaureisende wird über die Zustände bei der Eisenbahn auszufragen haben und auch darüber Befehle geben müssen, wie es möglich war, daß die Angeklagten stundenlang an dem Gleis herumarbeiten konnten, ohne bemerkt zu werden.

Der Sachverhalt sei kurz noch einmal wiedergegeben:

Die Katastrophe geschah in der Nacht vom 18. auf den 19. August. Als der D-Zug Berlin-Röln gegen 2 Uhr nachts mit einer Geschwindigkeit von 80 bis 85 Kilometer Leiferde passierte, vernahm die Passagiere ein entsetzliches Krachen und Klirren. Der Wagen geriet in ein Schwanken, das Licht erlosch, der Zug stand still. Den aus dem Wagen gestiegen Passagieren bot sich ein schreckliches Bild. Die Lokomotive und die beiden hinter ihr laufenden Wagen lagen neben dem Bahndamm. Der dritte und der vierte Wagen bildeten zusammen ein furchtbares Gewirr von Trümmern. Zwanzig Tote, darunter unser Genosse Rehsch, waren die Todesernte. Die ersten Nachforschungen ließen ohne weiteres die Ursache des Unglücks erkennen: ein Stück des Schienenriegels war losgerissen, Bolzen und Schrauben lagen neben dem Eisenbahndamm. Es schien unzweifelhaft: nicht ein Zufall, verbrecherische Hände hatten hier gearbeitet. Dann aber wurde man irre. Man war versucht, der Eisenbahnerverwaltung selbst einen Teil der Schuld zuzuschreiben. Bis endlich, nach fast drei Wochen, die Täter in dem 23jährigen Rufführer Otto Schlesinger und dem 22jährigen Techniker Willi Weber entdeckt werden konnten. Webers Beichte einem Freunde gegenüber am Grabe des Vaters hatte der Polizei zur Entdeckung des Verbrechens verholfen. Als Mitwisser wurde auch der Bruder des Willi Weber, Walter Weber, verhaftet. Schlesinger war bis zum Frühjahr dieses Jahres als Musiklehrer in Odersdorf im Magdeburger Lande beschäftigt. Er hatte seine Stellung verlassen müssen und begab sich auf die Wanderschaft, in der Hoffnung, nach Spanien zu gelangen. Unterwegs lernte er den Willi Weber kennen. Sie wanderten zeitweilig zusammen, trennten sich dann, um sich am 20. Juni in Karlsruhe wiederzufinden. Ohne einen Pfennig Geld, waren sie stark heruntergekommen. Sie begannen sich mit dem Gedanken eines Verbrechens zu tragen. Zuerst dachten sie an die Beraubung von Autos, die sie mit Hilfe von über die Chaussee gespannten Drahtseile sich in die Hände zu spielen beabsichtigten. Dann

setzte sich in ihnen der Gedanke fest, einen Postzug zu berauben. Zu diesem Zwecke sollte eine Entgleisung herbeigeführt werden. Einen Steckschlüssel fanden sie, einen zweiten stahlen sie. Bereits am 17. August waren sie an die Arbeit gegangen; wurden aber gestört. Am nächsten Abend mißglückte der erste Versuch, den Amdamer Zug zum Entgleisen zu bringen; der zweite Versuch führte zur unbeschreiblichen Katastrophe. Als sie sahen, was sie angerichtet hatten, dachten sie nicht mehr an den Raub, sondern liefen davon. Sie wurden im Asyl für Obdachlose in Berlin verhaftet.

### Verhandlungsbeginn.

R. S. Hildesheim, 3. November 1926.

Unter großem Andrang von Publikum und Presse begann heute morgen um 9 Uhr der Prozeß gegen die Eisenbahnmörder von Leiferde. Das Landgerichtsgebäude, das an dem stillen verträumten Domplatz liegt und ein Jahrhundert altes ehemaliges Bischofshaus ist, hatte starken polizeilichen Schutz erhalten, der eine scharfe Korridorkontrolle ausübte. Vor dem Gebäude hatten sich Neugierige eingefunden, die auf die Ankunft der Angeklagten warteten, die in einem Gefängniswagen von dem Untersuchungsgefängnis St. Godehard, einem ehemaligen Kloster, ins Gerichtsgebäude transportiert wurden. Gegen 9 1/2 Uhr wurden die drei Angeklagten in den Saal geführt. Schlesinger ist ein nicht unmittelmäßig aussehender 23jähriger Mensch mit schwarzem, etwas gelocktem Haar. Willi Weber, der eine braune Windjacke trägt, macht einen etwas scheuen Eindruck und sitzt mit gekrümmtem Kopf da, während sich Schlesinger und Walter Weber, der intelligenter als sein Bruder Willi scheint, interessiert im Saal umhertreiben. Punkt 9 Uhr betrat dann das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kammerer den Saal. Es besteht aus zwei Beisitzern, den Landgerichtsräten Bödter und Graue und sechs Geschworenen, unter denen sich ein Rektor, ein Klempner, ein Kaufmann, ein Rittergutsbesitzer, ein Landwirt und ein Konsumverwalter befinden. Es erfolgte dann der Aufruf der Zeugen, die der Vorsitzende zur strikten Einhaltung ihrer Pflichten ermahnt. Es sind 19 Zeugen, u. a. Eisenbahninspektor Brandt und Kriminalkommissar Röh, denen die Aufklärung des Verbrechens zu verdanken ist, und einige Eisenbahnbeamte, so der Weichenwärter Kaufmann, der den ankommenden Zug anhält und so ein größeres Unglück verhindert. Als Zeugen treten ferner der Monteur Gustav Windmann und der Handlungsgehilfe Robert Schröder auf, die die Anzeige gemacht, die zur Verhaftung der Täter führte. Als Sachverständige fungierten Reichsbahnoberrat Köpfer, Bahnarzt Dr. Johannes Paulsen und Sanitätsrat Dr. Röntgenmüller, Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Hildesheim. Die Angeklagten werden von Rechtsanwält Kleidorn, Rechtsanwalt Hoffmann und Dr. Brunotte verteidigt. Es wurde dann der

### Eröffnungsbeschluss verlesen.

nach dem Otto Schlesinger und Willi Weber wegen versuchten Mordes in Lateinisch mit versuchter Eisenbahntransportgefährdung und vollendeter Eisenbahntransportgefährdung in Lateinisch mit Mord und gegen Walter Weber wegen Beihilfe zu diesen Delikten und Unterlassung einer Anzeige.

Der Angeklagte Otto Schlesinger wurde sodann zur Person vernommen. Aus seinen Aussagen und Äußerungen ging hervor, daß dem Angeklagten ein starkes künstlerisches Können und Begabung zugesprochen werden kann. Vorstehend zum Angeklagten: Sie haben sich dann auch mit philosophischen Problemen beschäftigt und viel gearbeitet. Was haben Sie denn bevorzugt? Angekl.: Allgemeine Probleme. Vorl.: Was haben Sie besonders gelesen? Angekl.: Nietzsche und Schopenhauer. Der Angeklagte, der sich sehr gewandt ausdrückt und sicher auftritt, befandte dann auf weiteres Befragen des Vorsitzenden, daß er ein starker Raucher sei und täglich 40 bis 50 Zigaretten konsumiert habe.

